

AUSSENHANDEL

Die Gas-Connection

Die Ukraine-Krise verkompliziert die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Russland und der deutschen Industrie. Im Fokus steht der Staatskonzern Gazprom – der einst willkommene Sponsor und Partner wird plötzlich zur Belastung.

Clemens Tönnies sagt meist sehr deutlich, was er denkt. Als er an einem Februarmorgen gemeinsam mit seiner Frau Margit in einen Privatflieger Richtung Sotschi stieg, um zu den Olympischen Spielen zu fliegen, diktierte er einem mitreisenden „Sport Bild“-Reporter seine Haltung zu Russland in den Block: Es habe ihn „geärgert, wie negativ dieses Land dargestellt worden ist“.

Tatsächlich bewegt sich der Fleischfabrikant aus Rheda gern und viel im Umfeld russischer Freunde und Partner – so auch während seines dreitägigen Aufenthalts bei den Olympischen Spielen in Sotschi. Dort traf er den Multimilliardär Oleg Deripaska in dessen Loge beim Besuch eines Eishockey-Spiels, in einem Berg-hotel folgte er einer Einladung des Sberbank-Chefs und Ex-Wirtschaftsministers German Gref.

Ein Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Gazprom-Chef Alexej Miller kam zwar nicht zustande. Dafür aber riefen ihn der Chef eines deutsch-russischen Gas-Pipeline-Konsortiums sowie Ex-Kanzler Gerhard Schröder während seines Russland-Aufenthalts an. Außerdem traf Tönnies Marcus Höfl, den Ehemann des deutschen Skistars Maria Höfl-Riesch und langjährigen Manager von Franz Beckenbauer. Der Ehrenpräsident des FC Bayern München gehört zum Netzwerk der Russen-Versteher, er wirbt für Sport-Events in Russland und wird dafür von der Russian Gas Society bezahlt.

Seit ein paar Tagen aber ist Tönnies auffallend zurückhaltend, wenn es um seine Russland-Nähe geht. In einem Interview mit dem „Handelsblatt“ hatte er freimütig von einer Einladung des russi-

schen Präsidenten erzählt, der die Fußballer des Traditionsclubs FC Schalke 04 in den Kreml eingeladen hatte. Tönnies ist Aufsichtsratsvorsitzender des Vereins, der wiederum den russischen Staatskonzern Gazprom als Hauptsponsor hat. „Wir sind Sportsleute und keine Weltpolitiker“, mit diesen Worten hatte er Kritik an den Reiseplänen angesichts der Krim-Krise gekontert – und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, vor allem in der Politik.

„In der momentanen Lage eine Einladung in den Kreml anzunehmen und sich so instrumentalisieren zu lassen zeugt nicht wirklich von Fingerspitzengefühl“, erklärte CDU-Generalsekretär Peter Tauber. Andere sprachen von einem „Günstlingsbesuch beim Autokraten“, Tönnies stelle den Verein in „den Dienst von Putins politischer Propaganda“. Dass das In-



Fleischproduzent Tönnies, Präsident Putin in Dresden 2006

terview bereits Anfang April geführt wurde, die Einladung gar im Herbst ausgesprochen wurde und längst bekannt war – solche Feinheiten interessierten da schon nicht mehr. Nur einen Tag nach dem Erscheinen des Interviews ließ Tönies mitteilen, dass weder aktuell eine Reise geplant sei noch für die Zukunft Reisepläne bestünden.

Die Aufregung überrascht nicht, grummelt es doch seit Wochen vernehmlich zwischen Vertretern aus Wirtschaft und Politik, wenn es um die Frage geht, wie man es mit Russland halten soll angesichts der Eskalation in der Ukraine. Am 21. März hatten die EU-Staats- und Regierungschefs erklären lassen, alle russischen Schritte hin zu einer weiteren Destabilisierung in der Ukraine würden „zusätzlichen und weitreichenden Konsequenzen führen“. Damit waren harte Wirtschaftssanktionen gemeint.

Jedoch: Russland ignoriert souverän Absprachen und Abkommen, und passiert ist bislang nicht viel – was Politik wie Wirtschaft vor ein Dilemma stellt.

Zwar versichern alle Beteiligten, dass das Völkerrecht selbstverständlich wichtiger sei als der wirtschaftliche Profit. Aber angesichts der Abhängigkeit Europas von Russlands Energie scheint sich gerade die Politik schwerzutun, weitreichende und schmerzhaft Sanktionen zu beschließen.

Und die Wirtschaft, auch das ist offensichtlich, hat schlicht kein Interesse daran.

Auf dem East-Forum Anfang April in Berlin erntete Eckhard Cordes, Vorsit-

zender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, vor allem für einen Satz Applaus: „Wir lassen uns die Aufbaubarbeit der letzten Jahrzehnte nicht kaputt machen“, hatte er mit Blick auf drohende Sanktionen gesagt und an die Politik appelliert, die Krise schnellstmöglich am Verhandlungstisch zu lösen.

Cordes scheint damit vielen Wirtschaftsvertretern aus dem Herzen zu sprechen: Tatsächlich hat Deutschland deutlich engere Verbindungen zu Russland als andere europäische Länder. Das Handelsvolumen betrug im vergangenen Jahr 76,5 Milliarden Euro, die Bundesrepublik ist der dritt wichtigste Handelspartner Moskaus. Die Deutschen exportieren Maschinen, Elektrotechnik und Autos nach Russland, im Gegenzug werden Gas und Öl importiert. 6000 deutsche Firmen gibt es in Russland – und damit mehr als aus allen anderen EU-Staaten zusammen. Der russische Markt, so schwierig er auch sein mag, ist riesig und lukrativ.

In der aktuellen politischen Lage den richtigen Weg zu finden ist also ein Drahtseilakt – und niemand bekommt das deutlicher zu spüren als all die Wirtschaftsvertreter, deren Unternehmen sich seit Jahren im fernen Osten Europas engagieren.

Wie schwierig es ist, die mühsam geknüpften Bande nicht abreißen zu lassen, musste als Erster Joe Kaeser erfahren. Der Siemens-Chef hatte sich Ende März nicht nur mit Putin, sondern auch mit dem Chef der russischen Eisenbahn, Wla-

dimir Jakunin, getroffen, der auf der Sanktionsliste der USA steht. Kaum hatte Kaeser die „vertrauensvollen Beziehungen“ zu russischen Unternehmen gelobt, wurde er schon heftig kritisiert. Es gehe ihm „ja nur ums Geld“, so der Tenor der Ankläger. Bahn-Chef Rüdiger Grube sagte einen geplanten Besuch in Russland lieber erst einmal ab.

So nachvollziehbar Reaktionen dieser Art erscheinen mögen: Ist es nicht verständlich, dass Unternehmen versuchen, ihre Interessen auch in politisch schwierigen Zeiten zu vertreten? Und kann das nicht auch legitim sein – zumindest so lange, bis die Politik mittels Sanktionen oder anderer Maßnahmen einen klaren Ordnungsrahmen schafft?

Tatsächlich klingen die Reaktionen ein wenig scheinheilig. Das Geschäft mit Russland war nie einfach und schon gar nicht unpolitisch. Auch vor dem Ausbruch des aktuellen Konflikts war die russische Regierung nicht für die Umsetzung von Demokratie und Menschenrechten bekannt. Bislang wurde das stillschweigend hingenommen, weil beide Seiten profitierten.

Das Verhältnis ist von jeher ambivalent. Das zeigt sich nirgends besser als am Beispiel von Gazprom, jenem weltweit größten Gasförderunternehmen, das zur Hälfte dem russischen Staat gehört – und mit dem ebenjener Staat in politischen Krisen Druck auf andere Länder ausübt. Ein Unternehmen, das Fernseher und Zeitungen besitzt und das mit seinen Gewinnen den russischen Staats-



Kontrollraum in der Moskauer Gazprom-Zentrale

Partner Russland

Außenhandelspartner der Bundesrepublik 2013, Handelsvolumen in Milliarden Euro

1. Frankreich	164,4
2. Niederlande	160,0
3. China	140,6
4. USA	136,9
5. Großbritannien	117,9
6. Italien	100,9
7. Österreich	93,0
8. Schweiz	85,5
9. Belgien	81,1
10. Polen	78,1
11. Russland	76,5

russischer Export nach Deutschland
40,4 Mrd. €

deutsche Lieferungen nach Russland
36,1 Mrd. €

Quelle: GTAI, Destatis



10% der deutschen exportierenden Unternehmen liefern nach Russland

haushalt füttert. Aber nicht nur den: Verglichen mit den Gewinnen, die deutsche Unternehmen dank Gazprom machen, mutet die Aufregung um 15 Millionen Euro pro Saison an Sponsorengeldern für die Fußballer von Schalke fast schon rührend an.

Größter Profiteur und eifrigster Verbündeter in politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen ist der deutsche Chemiegigant BASF, besser gesagt: dessen Tochter Wintershall. Das Unternehmen macht mit Gazprom Milliarden-geschäfte, ist an riesigen Gasvorkommen in Russland beteiligt – und hat Gazprom im Gegenzug Zugang zum deutschen Gasnetz und zu Speichern verschafft.

Erst vergangenen Donnerstag machte sich Wintershall-Chef Rainer Seele bei einer eilig einberufenen Pressekonferenz von Gazprom in Berlin zum Fürsprecher des russischen Energie-Multis. Dort ließ er Sätze verlauten wie: „Die Russen sind zuverlässige Partner“, „Embargos bringen niemandem etwas“ oder „Wir sollten das in Jahren aufgebaute Vertrauen jetzt nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.“

Ohne die Russen geht bei Wintershall inzwischen wenig. 2012 ließ BASF zu, dass sich Gazprom deren größte Gastochter Wingas einverleibte. Die Russen erlangten damit nicht nur den begehrten Zugang zu Millionen Endkunden in Deutschland, sie kontrollieren auch einen großen Teil des deutschen Gasnetzes und der riesigen Erdgasspeicher.

Im Gegenzug erhielt BASF als einer der ganz wenigen ausländischen Konzerne direkte Beteiligungen an riesigen russischen Gasfeldern in Sibirien. Für den Chemiekonzern bedeutete das ein Milliarden-geschäft – und die Chance, in die Liga der großen Erdgasproduzenten aufzusteigen. Kein Wunder also, dass es Sec-

le nicht schwerfällt, die russischen Interessen bei der Bundesregierung, in der EU und öffentlich zu vertreten.

Wintershall ist nicht allein. Auch der Energieversorger E.on profitierte jahrelang von Geschäften mit dem russischen Staatskonzern, seine damalige Tochterfirma Ruhrgas machte mit Gazprom viele Milliarden Euro Gewinn. Das Prinzip war einfach: Die Russen lieferten das Gas bis zur deutschen Grenze zu einem Preis, der an den Ölpreis gekoppelt war. Ruhrgas, als größter europäischer Gashändler,

Tönnies baut Fleischfabriken für den russischen Präsidenten: „Ich habe Putin versprochen, mich auch in Russland zu engagieren.“

schlug eine üppige Vertriebsmarge drauf und verkaufte das Gas dann teuer an die Endkunden weiter. Der Gewinn von Ruhrgas betrug damals bis zu 2,3 Milliarden Euro pro Jahr.

E.on war sogar mit einigen Prozent an Gazprom beteiligt, durfte sich in Russland in Gasfelder einkaufen und Kraftwerke bauen. Rund sechs Milliarden Euro hat E.on in Russland in solche Anlagen investiert und bangt nun wegen der Krise um die hohen Investitionen.

Denn das Verhältnis zwischen den beiden Konzernen ist nicht mehr so innig. Gazprom-Chef Miller verlangte irgendwann Zugang zu E.ons Endkundengeschäft und pochte darauf, sich bei großen E.on-Regionalgesellschaften mit Mehrheitsbeteiligungen einkaufen zu können. Der damalige E.on-Chef Wulf Bernotat lehnte das ab. Seither gehört E.on nicht mehr zu den ganz großen Günstlingen der Russen. Die verlagerten ihr Augen-

merk auf die BASF-Tochter Wintershall, die mit derartigen Beteiligungen deutlich weniger Probleme hatte.

Angesichts solch wirtschaftlicher Verflechtungen klingt der Vorwurf an den Fleischproduzenten und Schalke-Aufsichtsrats-Chef Tönnies, er wolle mit dem Kreml-Besuch seiner Fußballer den Bau eines Fleischwerkes in Russland forcieren, fast schon naiv. Denn tatsächlich ist auch das Russland-Geschäft von Tönnies deutlich größer als weithin bekannt. Fast sechs Milliarden Euro setzte Tönnies im vergangenen Jahr um. Der Exportanteil liegt bei 50 Prozent; auf Russland als einen der großen Märkte für Schweinefleisch entfallen davon rund zehn Prozent.

Tatsächlich ist Tönnies auch direkt in Russland längst aktiv, acht Mastanlagen für Schweine hat er dort schon, drei weitere sind im Bau. Rund 1,5 Millionen Tiere pro Jahr will er künftig mästen, schlachten und zerlegen. Damit komme er, gibt Tönnies unumwunden zu, einem Wunsch von Präsident Putin nach. „Ich habe Putin versprochen, mich auch in Russland zu engagieren.“

Russland ist auf Unternehmen wie das von Tönnies angewiesen, das Land hat einen enormen Lebensmittelbedarf, den es aus eigener Produktion kaum decken kann. Gleiches gilt für all die anderen Branchen, in die deutsche Unternehmen vor Ort investieren: Das Riesenreich braucht nicht nur Waren, sondern vor allem den Technologietransfer, das Investitionskapital und die Arbeitsplätze.

Erst am vergangenen Freitag senkte die US-Rating-Agentur Standard & Poor's die Bonitätsnote für Russland um eine Stufe auf BBB-, nur eine Stufe über dem sogenannten Ramschbereich, der spekulative Anlagen kennzeichnen soll. Die Rating-Agentur begründete ihr Urteil mit dem massiven Kapitalabfluss in den ersten drei Monaten des Jahres, krisenbedingt.

Auch die deutschen Exporte brachen im Januar und Februar im Vergleich zum Vorjahr um fast zehn Prozent ein – wegen des schwachen Rubel-Kurses, viele russische Staatskonzerne weichen zunehmend auf Lieferanten aus Asien aus. Gleichzeitig erhöhte Putin den Druck, indem er Gazprom den Ukrainern plötzlich 11,4 Milliarden Dollar für nicht eingehaltene Gasverträge in Rechnung stellen ließ.

Das alles zeigt: Wer beim Geschäft mit und in Russland am längeren Hebel sitzt, ist nicht immer eindeutig zu sagen. Jedenfalls: Für die deutsche Wirtschaft ist es viel komplizierter geworden, sich in dem Geflecht aus politischem Druck, wirtschaftlichen Verflechtungen, öffentlicher Meinung und eigenen Interessen zurechtzufinden. Das dürfte jetzt auch Herr Tönnies gelernt haben.

SUSANNE AMANN, FRANK DOHMEN, JÖRG KRAMER, PAUL MIDDELHOFF, BARBARA SCHMID